

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 73.

60. Jahrgang.  
Dienstag, den 1. April

1913.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Flach & Petzold** in Eibenstock wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.  
Eibenstock, den 29. März 1913.

## Königliches Amtsgericht.

### Brandversicherungsbeiträge.

Am 1. April dieses Jahres ist der 1. Termin der Landesbrandversicherungsbeiträge fällig. Er ist mit 1 1/2 Pfennig für eine Einheit zu erheben. Zu seiner Verzinsung ist nach der Dienstanweisung zum Gesetze vom 1. Juli 1910 eine Frist bis zum 15. April dieses Jahres zugelassen. Hiernach hat sofort das kostenpflichtige Mahn- bez. Zwangsvollstreckungsverfahren einzutreten, da für die Abrechnung mit der Landesbrandversicherungsanstalt nur eine Frist bis Ende April gegeben ist.

Stadttrat Eibenstock, den 27. März 1913.

Die Bekanntgabe der Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und Ergänzungsteuerberechnung an die Beitragspflichtigen ist erfolgt. Es werden daher gemäß der Bestimmungen in § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 und § 28 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 hiermit alle die Personen aufgefordert, die hier ihre Steuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber die Steuerzettel nicht behändigt werden konnten, sich sofort bei der hiesigen Ortssteuereinnahme zu melden.

Der aufgestellte, mit Dekret versehene VII. Nachtrag zum hiesigen Anlagengulativ vom 20. Januar 1883 liegt 2 Wochen lang zur Einsichtnahme im hiesigen Gemeinbeamt während der üblichen Geschäftszeit öffentlich aus.

Gemeindeeinkommensteuer und Brandkastenbeiträge, 1. Termin sind am 1. April e. fällig und bis 15. April e. an die hiesige Ortssteuereinnahme abzuführen. Nach Fristablauf erfolgt gegen Säumige das Mahn- oder Zwangsvollstreckungsverfahren.  
Carlsfeld, am 28. März 1913.

## Der Gemeinderat.

Dienstag, den 1. April 1913,  
nachmittags 1 Uhr

Sollen in Eibenstock 1 großer Voller Bettstellen, Kleinsmöbel und ca. 200 Pfosten Mahagoni-, Kirschbaum- und Eichenhölzer an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Bieterversammlung: Restauration „Zentralhalle“ hier.

Eibenstock, den 31. März 1913.

## Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

## Die Heeres- und Deckungsvorlage.

Endlich ist der Schleier über das Geheimnis der Militärvorlage mit ihren Einzelheiten gelüftet worden, die authentischen Zahlen sind durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht, und man weiß jetzt wenigstens, woran man ist. Die Grundzüge der Militärvorlage waren ja allmählich im wesentlichen schon bekannt geworden, man wußte, daß die Heeresvermehrung sich auf mehr als 130 000 Mann belaufen würde, auch über die Vermehrung der Kavallerie, der Pioniere und Verkehrstruppen hat man mancherlei Richtiges gehört, wie auch über die sonstigen Maßnahmen, die geplant wurden zur Stärkung unserer Rüstung, wie den Ausbau der Festungen namentlich im Osten des Reiches, und ebenso erhöhte Sicherung der Ausbildung von Offizieren und Mannschaften. Desgleichen war nicht unbekannt, daß noch weitere Maßnahmen in Aussicht genommen sind, um Lücken für die Mobilmachung auszufüllen. Alle diese Vorschläge dürften kaum auf Widerstand stoßen, man wird sich auch im Hinblick auf die gesamte politische Lage der Notwendigkeit nicht verschließen, möglichst mit einem Male reinen Tisch zu machen und das als erforderlich Erkannte zu bewilligen. Ohne uns auf Einzelheiten einzulassen sei nur noch hervorgehoben, daß die erweiterte Forderung für das Unteroffizierkorps nicht hoch genug anerkannt werden kann, denn auf der Ausbildung der Armee beruht alles, und es ist darum gut, sich ein zweckmäßiges Personal hierfür für recht lange Dauer zu erhalten. Eine Einigung überall, das wird auch im Parlament sich un schwer erzielen lassen, wenn vielleicht auch hier und da einige Abstriche gemacht werden dürften. Etwas anderes aber ist es, ob auch die nunmehr endlich zustande gekommenen Deckungsvorlagen eine gleiche Aufnahme bei der Volksvertretung finden werden. In dieser Hinsicht darf man einige Zweifel äußern, der Standpunkt der Parteien zu verschiedenen vorgeschlagenen Punkten geht ziemlich weit auseinander, und lebhafteste Auseinandersetzungen werden kaum ausbleiben, wie es auch an anderen Vorschlägen voraussichtlich nicht fehlen wird. Ueber die Ausbringung der einmaligen Kosten durch die Vermögensabgabe wird man wohl allgemein einer Meinung sein, der hier eingeschlagene Weg ist zwar ein außerordentlicher, aber es liegt auch eine außerordentliche Situation vor, die es als geboten erachten läßt, auch einmal zu Ausnahmehilfen zu greifen, namentlich wo die minder bemittelten Schichten der Bevölkerung dadurch nicht betroffen werden. Ueberhaupt hat bei der Ausarbeitung der Deckungsvorlagen das Bestreben vorgewaltet, die minder wohlhabenden Klassen auszusparen und nach Möglichkeit nur die stärkeren Schultern zu belasten. Die Mittel, die man zur Deckung der einmaligen Ausgaben ausfindig gemacht hat, sind wohl das Resultat verschiedener Kompromisse, und es ist wohl nicht ganz leicht gewesen, hierüber noch in der Freitagssitzung eine Einigung zu erzielen. Man hat hin und her beraten, es hieß bereits, daß noch einige Tage vergehen würden, bis die Deckungsvorlagen ihre Erledigung im Bundesrat finden würden. Die

Hauptdifferenz war wohl die Aufrechterhaltung des Prinzips der Finanzhoheit der Bundesstaaten, und aus diesem Grunde hat man keine direkte Besitzsteuer gebracht, sondern sich mit dem Umwege über die Bundesstaaten geholfen, die auf der gewöhnlichen Matrikularbeiträge von 0,85 pro Kopf der Bevölkerung noch 1 Mark 25 Pfg. aufzubringen haben, die vermittels einer Besitzsteuer durch die Bundesstaaten von ihren Staatsangehörigen in einer den Regierungen überlassenen Form einzuziehen sind. Es ist das etwas umständlich, aber man wird sich nun einmal dreinsinden müssen, da einige Bundesstaaten eine Gefährdung ihrer Finanzhoheit durch eine direkte Besitzsteuer befürchteten. Mehrere andere Steuerorschläge dürften nicht allenthalben auf große Sympathien stoßen. Die Erhöhung für Stempel auf Gesellschafts- und vor allem Versicherungsverträgen, wird nicht sonderlich begrüßt werden, da besonders im letzteren Falle der Versicherungsnehmer die Last zu tragen hat. Was schließlich das Erbrecht des Staates im Falle anlangt, wo nähere Verwandten fehlen, wird im allgemeinen Zustimmung finden, wenn auch der daraus zu erwartende Betrag in Höhe von ungefähr 15 Millionen nicht gar zu sehr ins Gewicht fällt. In ungefähr 14 Tagen wird man sich im Reichstage mit der Wehrvorlage und ihrer Deckung befassen, bis dahin haben die Fraktionen Zeit, Stellung zu nehmen und etwaige Abänderungsvorschläge vorzubereiten. Mit ziemlicher Sicherheit darf man aber annehmen, daß die Vorlagen einer würdigen Behandlung bei der Volksvertretung begegnen werden.

## Neue Gewitterwolken.

In Londoner offiziellen Kreisen ist man sehr beunruhigt, daß von Cetinje betreffs der Note der Mächte über Stutari noch keine Antwort eingegangen ist. Man befürchtet, daß sich Montenegro den Wünschen der Mächte nicht fügen wird und die Verschleppung Stutaris fortsetzen wird. Es liegen schon Meldungen vor, daß Montenegro mit dem Bombardement wieder begonnen hat; und zweifelsohne ist dadurch die Sachlage wieder sehr ernst geworden, so ernst, daß Italien bereits seine Flotte mobil gemacht haben soll. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß auch jetzt wieder Rußland den Montenegroern den Rücken gestärkt hat und Rußland wird in erster Linie verantwortlich sein für drohend bevorstehende Ereignisse, die bei voller Einmütigkeit der Mächte hätten vermieden werden können. Uns sind in der Stutari-Angelegenheit folgende Meldungen zugegangen:  
Cetinje, 30. März. Die gestern von den Gesandten der Großmächte überreichte Kollektivnote hat im ganzen Lande eine verzweifelte Aufnahme gefunden. Man sagt, das ganze montenegrinische Volk hat während des Balkankrieges die größten Opfer gebracht und nun soll es von den Mächten um seine Früchte gebracht werden. Das dürfte sich Montenegro auf keinen Fall gefallen lassen.  
Wien, 30. März. Im Auswärtigen Amt ist die Nachricht von der Wiederaufnahme des Bombardements Stutaris, das nur von den Montenegroern vorgenommen werden kann, da die Serben ihre Aktion eingestellt haben, aus zuverlässiger Quelle eingetroffen. In Cetinje wurde gestern mehrere Stunden lang starker Kanonendonner aus der Gegend von Stutari gehört. Trotzdem wird zunächst eine authentische Feststellung des Vorgehens Montenegros vorgenommen werden. Sollte sich die Nachricht bestätigen, so wird Oesterreich zu der angekündigten flotierenden Demonstration vor Antivari schreiten. Auf die gestrige Demarche der Mächte erklärte die montenegrinische Regierung, sie werde eine schriftliche Antwort erteilen.  
London, 30. März. Die „Ball Mall Gazette“ schreibt, daß die Ballanallierten jeden Versuch Oesterreich-Ungarns, Montenegro zu zwingen, die Belagerung von Stutari aufzuheben, selbst wenn dies im Einverständnis mit Europa erfolgen sollte, mit Waffengewalt verhindern werden. Das Blatt schreibt weiter: Nach den in den offiziellen Kreisen herrschenden Ansichten werden die Großmächte nunmehr von Worten zu Taten übergehen müssen und die montenegrinische Küste blockieren.  
Paris, 29. März. Aus Triest liegen Nachrichten vor, nach denen die italienische Flotte mobilisiert würde und kriegsbereit sei.  
Genau so trübe wie um Stutari liegen die Verhältnisse wegen des bulgarischen Vormarsches auf Konstantinopel. Man betrachtet in Sofia eine bevorstehende Einnahme Konstantinopels fast schon als Selbstverständlichkeit.  
Sofia, 30. März. Die Minister sind nach Adrianopel abgereist. Sie dürften Beratungen mit dem Armeekommandanten betreffend der Tschataldscha-Frage pflegen. Es herrscht hier die allgemeine Ansicht vor, daß man die Linie bestürmen müsse, solange die Türken auf die letzten Bedingungen der Verbündeten nicht eingehen. Militärische Kreise sind der Ueberzeugung, daß das Unternehmen nach Herbeischaffung der schweren Artillerie von Adrianopel verhältnismäßig leicht durchzuführen sein wird. Der Transport russischer Truppen nach Tschataldscha hat bereits begonnen.  
Wien, 29. März. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Sofia gemeldet wird, hat die bulgarische Armee angeblich den Derkos-See umgangen und rückt auch erfolgreich bei Sulair vor.  
Konstantinopel, 30. März. Die Pforte hat die neuen Friedensbedingungen Bulgariens für unannehmbar erklärt. Der gestrige Ministerrat beschloß die Fortsetzung des Krieges.  
Die Mächte haben in Anbetracht der neugehoffenen Situation ihre Ansicht wieder einmal geändert, man will den Siegern nun abermals weitere Zugeständnisse machen. Und man glaubt auch eine „elegante Lösung“ gefunden zu haben.  
Paris, 30. März. Der „Matin“ schreibt: Die Einnahme von Adrianopel durch die Bulgaren hat die Entscheidung der Mächte geändert. Bisher war man sich darüber einig: Die Grenze Enos-Räbia und keine Kriegsentwädigung. Heute sprechen aber der Umstand mit, daß die neuen Erfolge der Bulgaren diesem Lande weitere Rechte auf Ansprüche geben. Die Diplomaten sind jetzt bemüht, zu einer Lösung dieser Fra-

ger Quelle eingetroffen. In Cetinje wurde gestern mehrere Stunden lang starker Kanonendonner aus der Gegend von Stutari gehört. Trotzdem wird zunächst eine authentische Feststellung des Vorgehens Montenegros vorgenommen werden. Sollte sich die Nachricht bestätigen, so wird Oesterreich zu der angekündigten flotierenden Demonstration vor Antivari schreiten. Auf die gestrige Demarche der Mächte erklärte die montenegrinische Regierung, sie werde eine schriftliche Antwort erteilen.  
London, 30. März. Die „Ball Mall Gazette“ schreibt, daß die Ballanallierten jeden Versuch Oesterreich-Ungarns, Montenegro zu zwingen, die Belagerung von Stutari aufzuheben, selbst wenn dies im Einverständnis mit Europa erfolgen sollte, mit Waffengewalt verhindern werden. Das Blatt schreibt weiter: Nach den in den offiziellen Kreisen herrschenden Ansichten werden die Großmächte nunmehr von Worten zu Taten übergehen müssen und die montenegrinische Küste blockieren.  
Paris, 29. März. Aus Triest liegen Nachrichten vor, nach denen die italienische Flotte mobilisiert würde und kriegsbereit sei.  
Genau so trübe wie um Stutari liegen die Verhältnisse wegen des bulgarischen Vormarsches auf Konstantinopel. Man betrachtet in Sofia eine bevorstehende Einnahme Konstantinopels fast schon als Selbstverständlichkeit.  
Sofia, 30. März. Die Minister sind nach Adrianopel abgereist. Sie dürften Beratungen mit dem Armeekommandanten betreffend der Tschataldscha-Frage pflegen. Es herrscht hier die allgemeine Ansicht vor, daß man die Linie bestürmen müsse, solange die Türken auf die letzten Bedingungen der Verbündeten nicht eingehen. Militärische Kreise sind der Ueberzeugung, daß das Unternehmen nach Herbeischaffung der schweren Artillerie von Adrianopel verhältnismäßig leicht durchzuführen sein wird. Der Transport russischer Truppen nach Tschataldscha hat bereits begonnen.  
Wien, 29. März. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Sofia gemeldet wird, hat die bulgarische Armee angeblich den Derkos-See umgangen und rückt auch erfolgreich bei Sulair vor.  
Konstantinopel, 30. März. Die Pforte hat die neuen Friedensbedingungen Bulgariens für unannehmbar erklärt. Der gestrige Ministerrat beschloß die Fortsetzung des Krieges.  
Die Mächte haben in Anbetracht der neugehoffenen Situation ihre Ansicht wieder einmal geändert, man will den Siegern nun abermals weitere Zugeständnisse machen. Und man glaubt auch eine „elegante Lösung“ gefunden zu haben.  
Paris, 30. März. Der „Matin“ schreibt: Die Einnahme von Adrianopel durch die Bulgaren hat die Entscheidung der Mächte geändert. Bisher war man sich darüber einig: Die Grenze Enos-Räbia und keine Kriegsentwädigung. Heute sprechen aber der Umstand mit, daß die neuen Erfolge der Bulgaren diesem Lande weitere Rechte auf Ansprüche geben. Die Diplomaten sind jetzt bemüht, zu einer Lösung dieser Fra-